



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 73 - 78)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz in den TG 73 - 78 (Förderung von Maßnahmen im Energiebereich) von 146.474,0 Tsd. Euro um 146.474,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Die Haushaltsvermerke der Titelgruppe 73 - 78 entfallen.

Die eingesparten Mittel werden zu Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zu Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Nachtragshaushalts 2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Streichung der Ausgaben der Förderung von Maßnahmen im Energiebereich bzw. für die Energiewende ist angesichts mehrerer wichtigen Faktoren dringend geboten.

Argument 1. Immense Kosten und Erzeugungslücke durch Energiewende:

Die Energiewende hat zum Jahr 2023 zu einer Kapazitätslücke von bis zu 3,8 GW in Bayern geführt (Quelle: Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW). Bis 2028 wird diese auf 6 GW anwachsen (Quelle: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – vbw). Deutschland und Bayern sind vom Nettostromexporteur zum Nettostromimporteur geworden. Die jährliche Menge der Netzengpassmaßnahmen hat sich verfünffacht, während die Kosten um das 11-fache gestiegen sind (Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft – BDEW). Entschädigungsansprüche der Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen steigen aufgrund von Netzengpässen (Quelle: Bundesnetzagentur – BNetzA). Die prognostizierte Kapazitätslücke wird in Bayern bis 2040 unter jedem Energiewende-Szenario bis zu 50 Prozent der Spitzenlast betragen (Quelle: ifo Institut). Bereits vor dem Ukraine-Krieg hat die Energiewende den durchschnittlichen Merit-Order-Preis in Deutschland von nur 3 Cent/kWh in 2017 auf 20 Cent/kWh in 2021 versiebenfacht (Quelle: Energiewirtschaftliches Institut – ewi Köln). Mit über 41 Cent/kWh für Haushalte hat Deutschland die höchsten Strompreise der Welt (Quelle: BDEW).

Argument 2. Umweltzerstörung durch Energiewende:

Für eine Windindustrieanlage im Wald muss ca. ein Fußballfeld Wald abgeholzt werden. Laut AfD-Antrag (Drs. 19/3691) wurden in Bayern zwischen 2013 und 2023 mehr als 147 Fußballfelder Wald für Windindustrieanlagen gerodet (200 Fußballfelder zusammen mit den Stromleitungen). Um die jährliche Stromerzeugung des abgeschalteten Kernkraftwerk Isar 2 mit Windkraft zu erreichen, müssten in Bayern über 1 800 neue

Windindustrieanlagen errichtet werden (Quelle: VBEW). Mit 600 bzw. 300 kg strategischer Metalle pro MW haben Photovoltaik (PV) und Windkraft einen extremen Ressourcenverbrauch (Wirtschaftskommission für Europa – UNECE).

Argument 3. Gigantische Ausmaße und Kosten des Speicherproblems der Energiewende:

Selbst mit dem physisch möglichen Speicherpotenzial der Pumpwasserspeicher in Bayern könnte die Kapazitätslücke in Bayern im Jahr 2040 nur zur Hälfte gedeckt werden (Drs. 18/19524, VBEW). Mit einem Wirkungsgrad von 15 bis 5 Prozent (Quelle: VBEW) und Gestehungskosten von 45 (Wind) bis 51 (PV) Cent/kWh (Drs. 18/3528) ist Wasserstoffspeicherung äußerst ineffizient. Mit Gestehungskosten von 22 (2023) bis 17,4 (2040) Cent/kWh (Imperial College London) und einer erwarteten globalen Speicherkapazität von max. 10 Minuten des globalen Stromverbrauchs in 2030 (Lomborg, 2021), sind Batteriespeicher äußerst ineffizient.

Argument 4. Immense Kosten der Wärmewende:

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (2023) prognostiziert die Wirtschaftskosten der Wärmewende bis 2045 auf 2,5 Bio. Euro. Auf der Anhörung zur Bayerischen Wärmestrategie am 6. Februar 2025 sagte ein Vertreter der Energie Südbayern GmbH, dass ein Fernwärme- oder Wasserstoffnetz ohne staatliche Subventionen nicht finanzierbar sei und die Umrüstung des Gasnetzes die Kosten für Verbraucher um 20 Prozent erhöhe. Ein Vertreter der Bayernwerk AG erklärte, dass der Ausbau des Fernwärmenetzes ohne staatliche Unterstützung betriebswirtschaftlich nicht darstellbar sei, und forderte eine Rückkehr zur Marktwirtschaft. Der Vertreter der Stadtwerke München GmbH betonte, dass die Wärmewende enorme Kapitalkosten binde und Versorger erheblich belaste. Ein Vertreter vom Verband kommunaler Unternehmen e. V. hob hervor, dass die Energiewende bundesweit bis 2030 rund 720 Mrd. Euro kosten werde.